Posener Zeitung.

№ 212. Dienstag den 12. September. 1848.

Inland.

* **Posen, den 11. September.**

Unser Ministerium ist im Verscheiden; Hansemanns Rede in der Sitzung vom 7. klang schon wie die Sprache eines Sterbenden und während wir dies schreiben, ist den Vertretern der Krone von ihrem königlichen Vollmachtgeber vielleicht der Todtenschein bereits ausgestellt. Ein Grab umschließt sie und das ihnen voran die Gruft gestiegene Reichsministerium. Wir bedauern namentlich den Sturz des Berliner Ministeriums, weil wir zu den Fähigkeiten und dem guten Willen der Männer, aus denen es gebildet war, Vertrauen hatten und es nur den verwirrenden, außer ihrer Schuld liegenden Verhältnissen beimaßen, wenn sie das Programm eines Ministeriums der That nicht in allen Stücken erfüllten. Den Grund des Siechthums zu untersuchen, und inwiefern sie durch eigne, selbstverschuldete Fahrlässigkeit, durch groben oder subtilen Selbstmord die Beschleunigung ihres Endes herbeigeführt, mag die Tagespresse vorläufig bei Seite lassen. Gilt auch in der Politik nicht das gemüthlich schonende de mortuis nil nisi bene, so ist doch in der Regel die Ausbeute solcher nachträglichen Sectionen für den unmittelbaren Gebrauch der Gegenwart wenig fruchtbar und fördernd. Im Flusse der Ereignisse combiniren sich die Bedingungen des Handelns mit so wechselnder, caleidoscopischer Mannigfaltigkeit, daß von den Erfolgen des einen Falles selten auf den Ausgang eines andern, wenn auch ganz ähnlich scheinenden, ein zutreffender Schluß gezogen werden kann.

Wohl aber lohnt es sich, die Hinterlassenschaft der Geschiedenen uns Etwas genauer anzusehen, um uns auf die bei Ordnung derselben in Aussicht stehenden Eventualitäten bei Zeiten und in Muße vorzubereiten. Für das neu eintretende Preußische Ministerium wiederholt sich zunächst die Schwierigkeit, welche den Sturz des bisherigen Cabinets zur Folge hatte. Jenes wird nicht umhin können bei Uebernahme der Erbschaftsstücke auch auf den vielberufenen Beschluß vom 9. August im Sinne der Nationalversammlung vollständig einzugehen; dann aber geräth es in das Dilemma, gleich beim Beginn seiner Thätigkeit entweder einen *unnöthigen* oder einen *unnützen* Schritt thun zu müssen. Das verlangte Dekret soll es reaktionär gesinnten Offizieren zur Ehrenpflicht machen, ihren Abschied zu nehmen. Aber eine Ehrenpflicht läßt sich eben nicht *machen*; man kann höchstens an das für Ehrenpflicht Gehaltene und Anerkannte erinnernd, ermahnend anknüpfen. Wird die Armee fälschlich der Reaktion verdächtigt, so ist der Erlaß unnöthig; trifft sie der Verdacht mit Recht, so werden die Führer es auch just nicht für Ehrenpflicht halten, den Posten zu verlassen, auf dem sie nach ihrer Meinung Gutes zu stiften und zum Heile des Vaterlandes sich wirksam zu erweisen vermöchten. Die vorgeschriebene Maßregel ist offenbar nicht im Stande die Armee, wenn sie wirklich den Bestrebungen der Nationalversammlung entfremdet war, für sie zu gewinnen; dagegen könnte sie eine in der Armee etwa vorhandene Empfindlichkeit nur noch steigern und wo diese nicht existirt, durch das offene Aussprechen des beleidigenden Verdachtes sie erst hervorrufen.

Aus diesem Dilemma giebt es vielleicht keinen andern Ausweg als den Einen, wenn die Versammlung, nachdem sie ihre Unfehlbarkeit aufrecht erhalten, nachdem sie die Anerkennung eines ursprünglich bei aller Aufregung doch nur mit zufälliger Majorität durchgegangenen Beschlusses wieder erfochten, nun die wirkliche Ausführung desselben dem neuen Ministerium ihres Vertranens zur beliebigen Entscheidung anheimgebe. Eine Gunst, welche dem angefeindeten, bisherigen Ministerium versagt worden, dürfte dem neu zu creirenden eher von Seite der Nationalversammlung gestattet werden, ohne daß diese dabei mit sich selbst in allzucrassen Widerspruch zu gerathen befürchten müßte. Hand in Hand mit einem ihrer Auffassung allerwärts zugethanen Ministerium möchte sie vor sich selbst gerechtfertigt erscheinen, wenn sie es ihm allein überließe, im Einzelnen der Verwaltungsangelegenheiten nach dem Sinne und im Geiste der Versammlung einzugreifen. Uns ist es sogar wahrscheinlich, daß man Angesichts der zu erwartenden Mißlichkeiten die Ausführung des Beschlusses auf die angedeutete Weise umgehen werde. Zwar glauben wir nicht, daß dieser Versammlung gegenüber ein Ministerium sich lange zu erhalten im Stande wäre; bei der vorherrschenden und sich vordrängenden Verkleinerungs- und Zerreibungssucht wird der Schimmer der anfänglichen Begünstigung sich schnell abgenutzt haben. Aber von der vertrauensvoll angeregten Stimmung des ersten Moments dürfen wir ein solches eklatantes Zeichen des Einklangs wohl erwarten. Die Versammlung jedoch würde dann immer noch der Vorwurf des Leichtsinns treffen, daß sie überhaupt die gegen die Armee erhobene Anklage nur zum Vorwand genommen, um einem ihr überdrüssig gewordenen Ministerium eine tödtliche Verlegenheit zu bereiten, daß sie mit jenem in unserer bisherigen Staats-Entwickelung vorwiegenden Elemente spielend experimentirte, während es klugerweise nicht durch schroffes Entgegentreten zum Widerstande herausgefordert werden sollte.

Bei Weitem schwieriger noch erscheint die Lösung der von unserem neuen Ministerium mit zuübernehmenden Verwicklungen zwischen Preußen und Deutschland. Darf es auf den Fortbestand eines in der That die Deutsche Ehre beeinträchtigenden Vertrages dringen? darf es andererseits eine Bloßstellung der im Vertrage mit ihrer Unterschrift verbürgten Preußischen Regierung gestatten? Und wenn man hier zu einem Vermittelungsversuch schreiten, den Waffenstillstand nach vorheriger Modifikation einiger Bedingungen wieder aufnehmen wollte, wird Dänemark diesen Eingriff in die bereits getroffene und vollständig geschlossene Verabredung sich gefallen lassen? Muß man nicht fürchten, daß es die im Augenblick sich darbietenden Vortheile, die ihm durch den begonnenen Rückmarsch der Deutschen Truppen, durch das Auslaufen Deutscher Handelsschiffe aus den Ost- und Nordseehafen zu Gute kommen, grade zum besondern Nachtheile Preußens aufs Kräftigste ergreifen werde? Kann aber die im Falle einer Wiederaufnahme des Kampfes speziell für Preußen drohende Gefährdung an Gut und ehrenhaftem Ruf irgendwie dazu beitragen, die an manchen Stellen schon etwas brüchige Einheit der Deutschen Nation zu festigen und zu stärken? Ein unheilbarer Zerfall zwischen Nord- und Süddeutschland erscheint unausweichlich, sobald die Dänische Frage einer neuen Entscheidung unterworfen wird. Der gegenwärtige Moment ist daher für Deutschland von einer für Jahrhunderte hinaus maßgebenden Wichtigkeit; läßt er eine Spaltung aufkommen, so dürften schwerlich je wieder die Umstände so günstig wie im letzten Frühjahr zusammentreffen, um die Ausgleichung herbeizuführen. Besser aber ein einiges, worthaltendes, für eine kurze Zeit gemeinschaftlich gedemüthigtes als ein zweizüngiges, in sich zwiespältiges Deutschland. Wenn es sich herausstellt, daß die getadelte Art der Waffenstillstandskonvention eine in der Schwäche Deutschlands sachlich begründete Nothwendigkeit war, so würde das Bewußtsein dieser Ohnmacht unser Ehrgefühl tief verletzen; und doch betrachten wir, da wir zwischen Schimpf und Entzweiung zu wählen haben, das demüthigende Geständniß als den bessern Ausgang. Denn nur in dem einheitlichen Zusammenhalten liegt die Bürgschaft, daß sich Deutschland die ihm jetzt noch abgehende Macht erwerben könne und werde. Die Gefahr der Vernichtung für die im März ausgestreute Saat der deutschen Einheit rückt uns so nahe, daß wir ihr gegenüber es sehnlichst erwünschen müssen, der Bevollmächtigte Preußens in Frankfurt möge für seine Regierung eine bill of indemnity bei der Nationalversammlung durchsetzen, durch ihren Beschluß die willkürlich aussehende Ueberschreitung der ertheilten Befugnisse als ein trauriges Muß der deutschen Schwäche erkennen lassen.

Posen, den 9. Septbr. Heut Nachmittag um 5 Uhr hatten sich im großen Saale des Casinos gegen 200 Deutsche, den verschiedensten Lebensberufen angehörend, eingefunden, um zu einem Zweigvereine des großen märkischen Vereins „*für König und Vaterland*" sich zu konstituiren. Regierungsrath *Klee*, von welchem die Aufforderung zur Gründung eines solchen Vereines in unserer Stadt ausgegangen, bezeichnete in einer einleitenden Ansprache als Zweck des Vereines das einmüthige Zusammentreten wahrer Vaterlandsfreunde um das Banner der *konstitutionellen Monarchie* gegenüber den weitverbreiteten und immer drohender werdenden Bestrebungen der republikanischen und mehr noch der geradezu anarchischen Parteien, unter Hinweisung auf die dermalige unheilvolle, fast trostlose Lage der Republik Frankreich. — Rektor *Hensel* ging auf das zu Grunde gelegte Statut des Hauptvereins näher ein, beleuchtete diejenigen Ausdrücke desselben, die hier und da und auch hierorts schon in einer Art gedeutet worden sind, wornach dem ganzen Vereine entschieden reaktionaire Tendenzen unterzustellen wären. Er erklärte, bei vorurtheilsfreier Erwägung der fraglichen Worte einen derartigen Sinn in ihnen nicht finden zu können und wollte für jeden Fall vor der bloßen Möglichkeit einer solchen Auffassung beim Beitritte zu dem Vereine sich aufs Entschiedenste verwahrt wissen. Daß damit die Gesinnung der Versammlung ausgesprochen worden, gab dieselbe unzweideutig zu erkennen. In ganz gleichem Sinne verbreitete sich noch Assessor *Witt* über das politische Glaubensbekenntniß und den Zweck des Vereines. Demnächst sollte zur Wahl eines provisorischen Vorstandes und zur Wahl der Abgeordneten für die Beschickung der auf den 13. d. M. in Frankfurt a. O. angesetzten General-Versammlung geschritten werden. Die Gesellschaft gab für beide Wahlakte der kürzeren Weise durch Zuruf den Vorzug und erwählte so zum Vorstande die Herren *Klee*, *Hirsch*, *v. Hasenkrug*, *Seidemann* und *Stockmar*, zu Abgeordneten nach Frankfurt a. O. die Herren *Klee* und *Meier*. Nachdem noch Polizeirath *Hirsch* für die Einigkeit der Mitglieder und Konsistorialrath *Cranz* für die warme und kräftige Betheiligung an der Sache gesprochen hatten, schied die Versammlung, alles Weitere der nächsten Zusammenkunft vorbehaltend, unter einem dreimaligen Hoch auf unseren *konstitutionellen König* als solchen.

Posen, den 11. Septbr. Gestern Abend ereignete sich der unangenehme Fall, daß die öffentliche Ruhe durch eine großartige Schlägerei unter Soldaten unserer Besatzung gestört wurde. Der Streit war, wie es heißt, durch Schuld einiger Artilleristen, welche beim Tanz durchaus die Sporen nicht abnehmen oder umwickeln wollten, in einem öffentlichen Garten des Viertels St. Martin ausgebrochen, bald aber wurde die Schlägerei zu völliger Parteisache, indem die anwesenden Soldaten der beiden hier noch neuen Regimenter, des 5. und 8., gegen die Leute der hier vorgefundenen Truppen, Artilleristen und Husaren, mit größter Erbitterung sich aufstellten. Das Drama spielte in mehreren Akten, die Infanteristen machten Gebrauch von der blanken Waffe, und in der St. Martinsstraße fiel sogar ein Pistolenschuß aus dem Dachfenster eines Hauses. Gegen 9 Uhr ertönte der Generalmarsch; der machte denn der Schlägerei noch eben zu rechter Zeit ein Ende, und doch sollen über 20 Leute auf den Sammelplätzen vermißt worden sein. Wie unangenehm und bedenklich dergleichen an und für sich schon ärgerliche Scenen gerade unter unseren Verhältnissen erscheinen müssen, liegt auf der Hand.

△ **Berlin, den 9. Septbr.** Der *demokratische Urwähler Verein*, der erst seit kürzester Zeit sein Bestehen hat, ist sogleich eine Stütze der ultra-demokratischen Richtung geworden, die in consequenter Weise unablässig fortarbeitet. Außer vielen kleinen Zweigvereinen verschiedener Namen concentrirt sie sich jetzt wesentlich in dreien: dem demokratischen Club, dem Volksclub und diesem neuen demokratischen Urwähler-Verein. Alle drei haben fast ganz dieselbe Richtung, wiewohl sie in der Art ihres Wirkens wie in der Wahl ihrer Mittel oft sehr von einander abweichen und zwar so, daß der demokratische Club der excentrischste in jeder Beziehung ist. Der demokratische Urwähler Verein hat jetzt seinen ersten Schritt nach außen in einem durch Maueranschlag veröffentlichten Protest gethan, worin er gegen den Beschluß der Nationalversammlung sich erhebt, der im Bürgerwehrgesetz den Bürgerwehrmännern einen Eid der Treue gegen König und Vaterland vorschreibt. Der protestirende Verein fordert die National-Versammlung auf, diesen Beschluß zurücknehmen, und für

den Fall, daß die Nationalversammlung dies nicht thun sollte, wendet sich der Verein an die Bürgerwehr selbst, und fordert direkt zur entschiedenen Verweigerung eines solchen Eides auf.

△ Berlin, den 9. September. Noch kurz vor Postschluß beeile ich mich, Ihnen anzuzeigen, daß die Stimmung wieder eine sehr aufgeregte wird. Die verschiedensten Gerüchte durchkreuzen die Stadt. Die Ministerkrisis ist noch nicht vorüber. Es heißt von der einen Seite, der König habe die Entlassung der Minister angenommen, und es seien zu einem neuen Ministerium ausersehen zunächst Lichnowski, Vincke und Beckerath. Die zweite Nachricht, die aber mehr noch als die erste zur Aufregung Veranlassung giebt, ist, daß der König sich entschieden weigere, die Entlassung der Minister anzunehmen. Er bestehe nachdrücklich auf ihre Beibehaltung und wolle auch dem Beschluß der National-Versammlung gegenüber sein Veto ausüben, so daß ein derartiger Armeebefehl also nicht zur Ausführung käme. Zugleich heißt es, morgen früh werde Berlin in Belagerungszustand erklärt und das Martialgesetz verkündet werden. Das Militair um Berlin sei jetzt auf 50,000 Mann verstärkt. Die Artillerie steht in Charlottenburg. Noch in dieser Nacht werden noch größere Truppenmassen herbeigezogen. Die Ulanen in Fürstenwalde sind schlagfertig, in wenigen Stunden können sie zur Eisenbahn hier sein. — Schreckenstein soll vom Könige sich Unbeschränktheit nur auf 24 Stunden erbeten haben, dann wolle er für Ruhe bürgen. Es heißt übrigens ganz entschieden, daß er für den Fall der Abdankung des Ministeriums Gouverneur von Berlin werden soll.

Frankfurt a. M., den 4. September, 10 Uhr Vormittags. (72. Sitzung der constituirenden Deutschen Reichsversammlung.) Tagesordnung: Fortsetzung über die Berathung der Grundrechte des Deutschen Volks. Vor Eröffnung der Sitzung, welche um 9½ Uhr durch den Präsidenten, Herrn v. Gagern, erfolgt, ist ein großer Zudrang von Abgeordneten zur Rednerbühne bemerkbar, die sich zum Zwecke ihrer Betheiligung an der Berathung über den zu Malmoe abgeschlossenen Waffenstillstand einschreiben lassen. Der Austritt des Abgeordneten Glaß von Landau aus der Nationalversammlung wird angezeigt und mehrere Eingänge für den Flottenbau verlesen. Der Abgeordnete Möhring übergiebt der Versammlung ein Werk über die Armeen und Flotten in den Vereinigten Staaten, als Vorlage für die Berathungen über den Deutschen Flottenbau. Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses verliest Holland ein Schreiben des Handelsvereins zu Flensburg, worin derselbe auf den Grund, daß Flensburg zum Deutschen Bunde nicht gehöre, und daß seine Handelsinteressen mit dem Deutschen Zollverein in keiner Verbindung ständen, welche Ansichten auch im übrigen Herzogthum Schleswig herrschten, seine Betheiligung an der Berathung über die Deutschen Handelsinteressen ablehnt. Holland beantragt, das erwähnte Schreiben an den Ausschuß für die Berathung über die Schleswig-Holsteinische Frage zu verweisen; der Antrag wird jedoch dem volkswirthschaftlichen Ausschuß zur Berichterstattung übergeben. Adams von Koblenz stellt Namens des Petitionsausschusses den Antrag, mehrere Eingaben, die Wirksamkeit und die Beschlüsse der Reichsversammlung betreffend, zu den Akten zu legen. Mit Bezugnahme auf den gestrigen Beschluß der Nationalversammlung über den zu Malmoe abgeschlossenen Waffenstillstand eröffnet der Präsident, daß ihm ein Schreiben des Reichsministeriums zugekommen sei, wonach dasselbe beabsichtigt, der heutigen Berathung der Nationalversammlung über die Schleswig-Holsteinische Frage beizuwohnen; da jedoch dem Erzherzog-Reichsverweser über diese Berathung noch eine Vorlage zu erstatten sein könnte, so würden die Reichsminister gegen 12 Uhr in der Sitzung erscheinen. Nachdem ein Antrag v. Lindenau's, die Ergänzung der Ausschüsse einzeln vorzunehmen, angenommen worden, wird auf den Antrag des Abgeordneten Goltz von Brieg die Sitzung gegen 10 Uhr für vorläufig geschlossen erklärt. Wiedereröffnung der Sitzung heute Morgen um 11½ Uhr.

Frankfurt a. M., den 5. Sept. (O. P. A. Z.) Die an Preußen unterm 7. und an Herrn v. Gagern unterm 9. August von Seiten der deutschen Centralgewalt ertheilten Vollmachten zum Abschlusse der betreffenden Convention lauten:

I. „Nachdem unter den obwaltenden besonderen Verhältnissen die Königl. Preußische Regierung von mir ermächtigt worden ist, im Namen der Centralgewalt über Deutschland die Unterhandlungen wegen eines Waffenstillstandes mit Dänemark auf den Grund des Entwurfs von Bellevue vom 29. Juli unter den folgenden zusätzlichen Bedingungen: 1) daß die zur Bildung einer neuen gemeinsamen Regierung für die Herzogthümer Holstein und Schleswig zu wählenden Personen noch vor dem Abschlusse des Waffenstillstandes ausdrücklich, und namentlich unter den kontrahirenden Theilen, in solcher Art vereinbart werden, daß hierdurch der Bestand und die gedeihliche Wirksamkeit der neuen Regierung verbürgt erscheinen; 2) daß unter den im Art. 7 erwähnten, in den Herzogthümern „bestehenden Gesetzen und Verordnungen" ausdrücklich alle bis zum Abschlusse des Waffenstillstandes daselbst erlassenen, mit einbegriffen seien; 3) daß die nach Art. 8 in den Herzogthümern Holstein und Schleswig zurückbleibenden Truppen sämmtlich unter den Befehlen des Deutschen Ober-Befehlshabers bleiben — zum Abschluß zu bringen, habe ich auf den Rath meines Reichs-Ministeriums beschlossen, den Unter-Staatssekretair der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherrn Maximilian von Gagern, nach Berlin und in die Herzogthümer Holstein und Schleswig mit besonderen Aufträgen zu entsenden, welche in folgenden Punkten bestehen: 1) Derselbe wird sich in Berlin mit der Königlich Preußischen Regierung über die genauere Feststellung und Ausführung der Bedingungen des Waffenstillstandes, insbesondere über die nach Art. 7 des Entwurfs von Bellevue zu vereinbarenden Mitglieder einer neuen, beiden Herzogthümern gemeinsamen Regierung verständigen und desfalls besondere Eröffnungen machen, welche zugleich die Präliminarien zu einem Friedensschlusse zu erleichtern geeignet sind. 2) Er wird sich sodann nach den Herzogthümern begeben und daselbst sich mit der gegenwärtigen provisorischen Regierung sowohl, als mit dem von der Königl. Preußischen Regierung zur Abschließung des Waffenstillstandes beauftragten Bevollmächtigten ins Einvernehmen setzen, insbesondere wegen der Wahl oder Zulassung der Personen, welche nach Art. 7 des mehrgedachten Entwurfs die neue, beiden Herzogthümern gemeinsame provisorische Regierung bilden sollen. 3) Eventuell wird derselbe die Präliminarien zu einem Friedensschlusse mit Dänemark auf den Grund einer besonderen ihm nachzusendenden Instruktion einleiten. 4) Erforderlichenfalls wird er die an die K. Dänische Regierung gerichtete Anzeige von der in dem Central-Organe Deutschlands gegenüber dem Auslande eingetretenen Veränderung bewerkstelligen. Zu diesem Ende habe ich dem Unter-Staatssecretair von Gagern gegenwärtige Vollmacht ausstellen und urkundlich dessen mit meinem Insiegel bestätigen lassen. Frankfurt a. M., den 9. August 1848. Der Deutsche Reichsverweser: (L. S.) gez. Erzherzog Johann.

II. Nachdem der Königlich Preußische Bevollmächtigte, Staats-Minister Camphausen, den Stand der Verhandlungen über einen Waffenstillstand zwischen den Deutschen und Dänischen Streitkräften, insbesondere aber die Gründe auseinander gesetzt hat, welche es wünschenswerth machen, daß die von der Königlich Preußischen Regierung bisher im Namen Deutschlands geführten Unterhandlungen von derselben nunmehr auch zu einem Abschluß gebracht werden, so habe ich auf den Vortrag meines Reichs-Ministeriums beschlossen, die Königlich Preußische Regierung andurch zur Abschließung eines Waffenstillstandes mit Dänemark im Namen der provisorischen Centralgewalt in der Weise zu ermächtigen, daß dabei der Entwurf, wie er in der Besprechung auf Bellevue am 19. Juli aufgestellt worden ist, unter den nachstehenden Modifikationen angenommen werde, welche als Erläuterungen innerhalb der Bestimmungen gedachten Entwurges fallen, jedoch ausdrücklich zur Anerkennung Dänischerseits gebracht werden müßten: 1) Daß die zur Bildung einer neuen gemeinsamen Regierung für die Herzogthümer Holstein und Schleswig zu wählenden Personen noch vor dem Abschlusse des Waffenstillstandes ausdrücklich und namentlich unter den kontrahirenden Theilen in solcher Art vereinbart werden, daß hierdurch der Bestand und die gedeihliche Wirksamkeit der neuen Regierung verbürgt erscheinen. 2) Daß unter den im Artikel 7 erwähnten, in den Herzogthümern „bestehenden Gesetzen und Verordnungen" ausdrücklich alle bis zum Abschlusse des Waffenstillstandes daselbst erlassenen mit einbegriffen seien. 3) Daß die nach Artikel 8 in den Herzogthümern Holstein und Schleswig zurückbleibenden Truppen sämmtlich unter den Befehlen des Deutschen Ober-Befehlshabers bleiben. Unter vorstehenden Bedingungen habe ich gegenwärtige Vollmacht für die Königlich Preußische Regierung ausstellen und urkundlich dessen mit meinem Insiegel bestätigen lassen. Frankfurt, den 7. August 1848. Johann."

Frankfurt, den 6. September. Die Deutsche Nationalversammlung hat gestern eine ihrer bewegtesten Sitzungen gehalten, einen der einflußreichsten Beschlüsse gefaßt. Sie hat dem Waffenstillstand das Vernichtungs-Urtheil gesprochen. Wie bereits erwähnt, bestieg Dahlmann, als Berichterstatter, die Tribüne. Er sagte: Im Namen beider Ausschüsse habe ich Bericht über die Frage zu erstatten, ob die Sistirung der Maßregeln zur Ausführung eines Waffenstillstandes, der Nationalversammlung zu empfehlen sei. Ich werde nach meiner innersten Ueberzeugung dabei sprechen. Den Ausschüssen lag, als sie gestern sich versammelten, nichts weiter vor, als was der Reichsminister gestern der Versammlung bereits mitgetheilt hatte. Es war uns zwar versprochen, daß um 5 Uhr das Fehlende nachgeliefert werden sollte, es war dies aber nicht der Fall; wir erfuhren auch, daß der Druck verzögert worden, weil der Minister Camphausen das Schreiben zurückgenommen und durch ein anderes ersetzt hatte. Ganz Deutschland hat schon die ersten Stipulationen dieses Waffenstillstandes vernommen und sie Deutschlands unwürdig gehalten, einem Feinde, wie Dänemark, gegenüber. v. Below, Generalmajor Preußens, hat den Abschluß zur Auctorisation überbracht; der Reichsminister, Heckscher, hat aber damals die Auctorisation verweigert, weil das Portefeuille der äußeren Angelegenheiten dem Minister v. Schmerling übertragen war. Der Minister v. Schmerling aber erklärte in dieser Versammlung zu unserer Beruhigung, daß die Ehre Deutschlands bei einem Abschlusse mit Dänemark auf das Vollständigste gewahrt werden solle, und sofort wurden auch Truppen dem General v. Wrangel nach Schleswig geschickt. v. Wrangel selbst erklärte, einen Waffenstillstand niemals abschließen zu wollen, bei welchem nicht die Ehre Deutschlands vollkommen gewahrt werde, und von welchem er nicht sicher die Genehmigung des Reichsverwesers und der Centralgewalt erwarten könne. Am 6. August nun verlangte der Bevollmächtigte Preußens, Minister Camphausen, eine unbeschränkte Vollmacht zur Abschließung des Waffenstillstandes, welche ihm jedoch verweigert wurde. Dagegen erhielt derselbe am 7. August die Vollmacht, den Waffenstillstand abzuschließen. Bei dieser Vollmacht vermisse ich lediglich die Contra-Signatur der verantwortlichen Minister. Derselben ist auch hier nie Erwähnung gethan, und haben bei dem Abschlusse wesentliche Abweichungen statt gefunden. Auf meine Bemerkung, daß darin ein Vorbehalt der Genehmigung durch die Centralgewalt nicht enthalten, bemerkte Hr. Wurm im Ausschusse, daß der Vorbehalt ja im Gesetze über die Centralgewalt liege. Aus einer von Seiten des Reichsverwesers mit v. Wrangel gepflogenen Correspondenz vom 26. August geht ferner hervor, daß die Centralgewalt immer der Meinung gewesen, daß nur ein dreimonatlicher Waffenstillstand abgeschlossen werden solle, und nun erfahren wir, daß das gesammte Deutschland mit diesem Waffenstillstand in den April hineingeschickt wird. (Bravo!) Wenn durch den Waffenstillstand die provisorische Regierung Schleswig-Holsteins als gesetzlos aufgehoben wird, dann stehe folgerecht auch ich gesetzlos als Ihr Berichterstatter hier. Der Waffenstillstand setzt ferner den verhaßtesten Mann, Grafen Karl v. Moltke, der sich nicht ein Mal, ohne sein Leben zu wagen, in die Herzogthümer begeben konnte, an die Spitze der neuen Regierung. Der Reichsminister erklärte nun in Bezug auf die Ueberschreitungen, sie seien zwar unrecht, aber sie hätten, wie es ihm scheine, doch nichts Entehrendes. (Unruhe.) Vieles Traurige sei eingetreten, doch sei eine unabsehbare Gefahr, ein europäischer Krieg, noch nicht vorauszusehen. Das Ministerium meinte ferner, durch eine Sistirung des Truppen-Rückzuges, sei der ganze Waffenstillstand über den Haufen gestoßen. Der Ausschuß war indessen in seiner Majorität anderer Ansicht (Bravo) und stellt den Antrag: „Die hohe Versammlung möge 1) die Sistirung der zur Ausführung des abgeschlossenen Waffenstillstandes erforderlichen militärischen und sonstigen Maßregeln beschließen, dann aber 2) zugleich einen Vor-Ausschuß zur Begutachtung der Vorfrage, bestehend aus den Mitgliedern des Ausschusses: Wurm, Cucumus und dem Berichterstatter, erwählen." In Erwägung der Lage des Landes Schleswig-Holstein, welches nicht allein in Knechtschaft gerathen, sondern sogar in Anarchie verfallen würde, muß vor Allem die provisorische Regierung beibehalten werden, an deren Spitze Männer, ja, die rechtschaffensten, stehen, welche jetzt als Missethäter behandelt werden. An dem Tage, wo die Ratifikation ausgewechselt worden, ist

ihnen noch nicht einmal Kenntniß von Berlin über den Waffenstillstand zugegangen gewesen — das ist die erste Klage, mit welcher ein mir gesandter Brief eines Mitgliedes der provisorischen Regierung beginnt. (Hört! Hört!) Blicken Sie um sich auf unser gesammtes Deutsches Vaterland! Dürfen wir unser eigenes Deutsches Fleisch und Blut verrathen? unsere Deutschen Mitbrüder dem Untergange überliefern? — Dazu besitze ich nicht den Muth, und eben darum bin ich so muthig! (Bravo!) Was hat denn England eben so stark gemacht? In England wiegt der Einzelne so schwer wie sein ganzes Vaterland, und hier gilt es viele Tausende! Wahren Sie die Einheit Deutschlands, sie ist gefährdet! (Bravo!) Diese Einheit soll durch den Waffenstillstand zerfetzt und zerbrochen werden! (Bravo!) Beugen Sie sich, Sie werden Ihr ehemals stolzes Haupt nimmer wieder erheben! (Bravo!) Ich habe gesprochen; möge jetzt die Hand walten, welche die Beschlüsse der Menschen zu leiten weiß! (Unendlicher Jubel und Bravoklatschen. Das linke Centrum, wie der größte Theil des rechten Centrums, geben Beifall.) — Schubert, aus Königsberg, beschränkte sich darauf, einen Minoritäts-Antrag des vereinigten Ausschusses vorzulegen. — Sie wollen heute hier über die Sistirung des Rückzuges beschließen. Sie fassen den Entschluß, den Waffenstillstand, den Preußen mit Vollmacht der Centralgewalt abgeschlossen — wir müssen das wenigstens noch dahin gestellt sein lassen — zu verwerfen. Bedenken Sie den dadurch unvermeidlich herbeigeführten Bruch mit Preußen. Vergessen Sie nicht, Sie haben dadurch 16 Millionen von uns entfernt. (Unruhe.) Vergessen Sie nicht, daß bei Ertheilung der Vollmacht erst das Ministerium in der Bildung begriffen war. Ich bin ein echter Deutscher, mein Herz klopft bei dem Gedanken höher, ich will keinen Fuß breit von Deutschland lassen, aber ich will Untersuchung und empfehle Ihnen deshalb meinen Antrag. Bedenken Sie, daß es sich nicht allein um die Districte Schleswig und Holstein, daß es sich um die Küste der ganzen Nordsee, um Lauenburg u. s. w. handelte, und daß man endlich diesen Ruhe verschaffen wollte. Nochmals empfehle ich Ihnen meinen Antrag. (Rechts Bravo! Linkes Centrum und links Zischen. Zischen der Gallerie.) Kriegsminister Peucker: Aus einer heute Morgen von Wrangel hier eingegangenen Meldung geht hervor, daß das Hauptlager der Occupations-Armee bis zum 1. September in Apenrade war. Derselbe hat sich veranlaßt gesehen, um Blutvergießen zu vermeiden, eine Waffenruhe mit 48stündiger Kündigung einzugehen. Ferner standen die Preußen bis zum 1. September zwischen Apenrade und der jütischen Grenze. Gesetzt nun, der General Wrangel würde sich veranlaßt sehen, ohne nähere Ordre der Centralgewalt einen Rückmarsch anzuordnen, so würde sich mit einem geringen Marsch die frühere Stellung wieder einnehmen lassen. Wollen Sie nun durch eine Sistirung, die ohne besonderen Erfolg ist, die Macht und Einheit Deutschlands gefährden? (Beifall.) Reichsminister v. Schmerling beschwört die Versammlung das Minoritätsgutachten anzunehmen. Simon, von Breslau: Der Waffenstillstand wird erst gültig durch die Zustimmung der Nationalversammlung und die Ratifikation der Centralgewalt, so schreibt es das Gesetz über die Centralgewalt vor, und ist auch gestern vom Reichsminister anerkannt worden. Deshalb haben wir vollkommen freie Hand, zu ratificiren oder nicht; wir wollen uns doch wohl nicht von Faits accomplis abhängig machen. Ich trage darauf an: daß sofort die Ausführung des Waffenstillstandes sistirt werde, weil sonst eben die Ehre Deutschlands, welche in vieler Beziehung verletzt ist, nicht gewahrt werden würde. Man sagt, wir haben Rücksichten auf auswärtige Mächte, auf Oesterreich und Preußen zu nehmen; wir haben aber nur Rücksicht auf die Ehre Deutschlands zu nehmen! (Bravo!) Die Außenmächte sind viel zu klug. Keiner wird uns angreifen, wir werden antworten mit 1½ Million Männern. Das Preußenvolk ist durch und durch Deutsch, wie kein Volk in Deutschland. Es handelt sich nur bei Preußen um die Ehre eines Preußischen Ministeriums. Weder diese, noch die Ehre eines Deutschen Ministeriums kommt bei einer Sache, welche die Deutsche Ehre betrifft, in Betracht. Wir haben gezaudert, aber noch ist es Zeit. Wir müssen an uns selbst glauben, damit das Volk an uns glauben kann. Die Stunde ist da, mögen die Männer uns nicht fehlen. Der Waffenstillstand muß sistirt werden! Nehmen wir keine andere Rücksicht, als auf die Ehre Deutschlands. (Stürmisches Bravo links und im Centrum.) Zimmermann, von Stettin: Ich liebe nicht bloße Worte, sondern Thaten und Thatsachen, und werde es dem Volke zu beurtheilen überlassen, ob ich für die Ehre Deutschlands gesprochen haben werde. Ich beschränke mich allein auf den Antrag der Majorität; schon in formeller Hinsicht schließe ich mich demselben an. Sie haben gehört, daß nicht sowohl die Vollmacht überschritten, sondern sogar gegen die ausgestellte Vollmacht gehandelt worden ist. Die Centralgewalt ist von uns geschaffen, es ist unsere Pflicht, ihre Würde aufrecht zu erhalten, ihr nach allen Seiten hin Geltung zu verschaffen. Die Deutsche Nation wird das, was sie erstrebt, die Einheit, nicht wieder aufs Spiel setzen. Wenn die Sache Deutsche, nicht Preußische Ehre betrifft, so wird das Preußische Ministerium sich unserer Ansicht anschließen, oder, wenn es noch Ehre im Leibe hat, untergehen. (Beifall.) Bassermann: Der Berichterstatter hat selbst gesagt, daß nur eine flüchtige Skizzirung möglich gewesen; das möge Veranlassung geben, sorgfältig zu prüfen. Die Gefangenen werden jetzt ausgewechselt sein, die frei gegebenen Schiffe wieder heimwärts segeln, die Ostsee-Küsten sich freuen, und wir sollen den Waffenstillstand sistiren. Wir haben mit Preußen zu thun, nicht mit den auswärtigen Mächten, wir werden mit Preußen abrechnen. Wesendonk: Vorredner hat es nicht gewagt, den Inhalt des Waffenstillstandes zu vertheidigen, und selbst zugestanden, daß mehr als Kühnheit dazu gehört, diesen Waffenstillstand den hiesigen Volksvertretern vorzulegen. v. Radowitz: Erlauben Sie mir zunächst einige Berichtigungen. Ein Waffenstillstand ist kein Friede, der vorliegende greift dem Frieden nicht vor. Wollte man den Waffenstillstand nicht genehmigen, so hätte man den Krieg in Jütland hineinspielen müssen. Gesetzt nun, England und Frankreich wären damit nicht zufrieden. Haben Sie sich das wohl alles so vorgemalt? Die Eroberung Jütlands würde unser Heer bis in dessen Nordspitze führen, der Rücken unseres Heeres läge den Schiffsangriffen bloß. Rußland hat 28 Schiffe und 80,000 Mann in den Ostseeprovinzen in Bereitschaft — landete es in Kiel, so wäre unser Heer abgeschnitten. Ist das der Fall, wer kann dann die Folgen absehen? Der Waffenstillstand ist abgeschlossen; wird er von der Centralgewalt nicht genehmigt, so muß ihn Preußen dennoch aufrecht erhalten. Stimmen Sie hier für die Aufhebung desselben, so muß ich doch sagen, daß die Pflicht nicht weiter reicht, als die Möglichkeit. Der Neubau des Vaterlandes würde dann, wenn Sie dem Waffenstillstande nicht Ihre Zustimmung gäben, wieder in Trümmer zerfallen. Ich beantrage: der Centralgewalt anheimzustellen, den Waffenstillstand zu ratificiren und die Preußische Regierung aufzufordern, alle Aktenstücke, die sich auf die Verhandlungen mit den fremden Kabinetten beziehen, einzusenden. R. Blum aus Leipzig: Thäte es so noth, so hätte man die Aktenstücke wohl schon herbeischaffen können. Ich glaube, daß das vorliegende Material genügen wird, um eine Sistirung des Waffenstillstandes zu beschließen. Preußens Handlung ist durchaus nicht zu rechtfertigen. In Bellevue behielt die Preuß. Regierung der Centralgewalt die Ratificirung des Waffenstillstandes vor, bei Malmoe nicht. Als man die Armee vermehren wollte, glaubte man, der ganzen Welt trotzen zu können; jetzt fürchtet man sich vor Rußland und England. Der Waffenstillstand wird uns entwaffnen und die Herzogthümer wieder in die Hände Dänemarks bringen. Der Vertrag nimmt uns die Vortheile des Winters. Es werden die Dänen sofort wieder eindringen und dann entsteht ein neues Blutbad. Es muß sich hier jetzt entscheiden, ob Preußen in Deutschland aufgeht, oder Deutschland Preußisch wird. Es ist uns hier vorgeschlagen, die kleinere Schande zu ertragen, die uns der Waffenstillstand bereitet, um der größeren zu entgehen; aber ich sage, es hat Deutschland nicht die geringste Schmach auf sich sitzen zu lassen. Ich möchte Deutschland lieber mit Ehren untergehen sehen, als mit der geringsten Schmach fortleben. (Vielseitiges Bravo.) Nach mehrfachem Rufe nach dem Schlusse erhielt endlich Fürst Lychnowski das Wort. Er werde gewiß wieder unterbrochen werden — sagte er — aber doch werde er den Unterbrecher nicht selbst zur Ordnung rufen, sondern es dem Präsidenten überlassen. Er meint, es hätten sich die meisten Redner zu sehr an Gegenstände gehalten, die erst morgen zur Sprache kommen. Es ist hier viel von Deutscher Ehre gesprochen worden, mit einem sehr wohlfeilen Aufwande von Muth. (Wird von Venedey und der Linken unterbrochen.) Es ist so leicht, einen derartigen Begriff von Ehre hinzustellen. Man stellt den Waffenstillstand als schmachvoll hin, aber die Schmach zu beweisen, das ist keinem eingefallen. — Der Schluß der Diskussion wird angenommen. Lychnowski und Wichmann ziehen ihre Anträge zurück. Ersterer beantragt über den Antrag der Minorität eine namentliche Abstimmung. M. v. Gagern: Es kann mit den Papieren, die vorliegen, Niemand besser bekannt sein, wie ich, und ich muß Ihnen sagen, daß sich, ohne dieselben zu kennen, kein bestimmtes und gegründetes Urtheil bilden läßt. Ich bitte Sie deshalb, die Abstimmung hierüber erst bei der über den ganzen Gegenstand vorzunehmen. Wurm aus Hamburg spricht dann für den Bericht. Mein Urtheil über den Inhalt des Waffenstillstandes halte ich zurück. Daß das Ministerium aus der Frage eine Kabinets-Frage machen werde, haben wir im Ausschusse nicht erwartet. Es ist dem Ausschusse vorgeworfen, er handle leichtsinnig, das ist nicht der Fall. Herr Bassermann sagte, die Verwerfung eines Artikels sei ein Treubruch: Niemand wird es wohl von uns vermuthen, daß wir Ihnen einen Treubruch vorschlagen werden. Es steht fest, daß der Waffenstillstand erst von uns ratifizirt werden muß, oder will man ohne unsere Ratifikation etwa handeln, ganz gegen die Verfassung? Aber vor unserer Ratifikation sind die Bedingungen des Waffenstillstandes in Vollzug gesetzt. Lassen Sie unsere Centralgewalt nicht unter die Füße treten. Frankreich rühmt sich in seinen Zeitungen des Einflusses bei dieser Frage. Daß Preußen ohne uns gehandelt, ist wohl dadurch entschuldbar, daß man sich einer Hegemonie nicht so leicht entwöhnen kann. Man schüchtert uns auch mit Krieg ein. Wollen Sie lieber Krieg mit dem Auslande oder dessen Verachtung? Preußen darf nach der Wiener Schluß-Akte und der Bundes-Akte keinen Frieden schließen. Preußens Zukunft liegt nicht in seinen Separat-Verhandlungen mit dem Auslande. Sie liegt darin, ob Preußen es versteht, sich an Deutschand anzuschließen. (Schwaches Bravo.) Präsident verkündet die Fragestellung. Dieselbe wird mit 244 gegen 230 Stimmen verworfen. (Bravo links und auf dem linken Centrum.) Der Majoritätsantrag: Die Versamlung möge die Sistirung der zur Ausführung des Waffenstillstandes getroffenen militairischen und sonstigen Maßregeln beschließen, wird mit 238 Stimmen gegen 221 bei namentlicher Abstimmung angenommen.

Frankfurt a. M., den 8. Sept. Die Ober-Post-Amts Ztg. enthält in ihrem amtlichen Theil Folgendes: „Der Reichsverweser hat die von dem Gesammt-Reichs-Ministerium zur Regelung der im schriftlichen Verkehr zwischen ihm und den Reichs-Behörden, so wie der letzteren unter einander und gegenüber von den Behörden und Beamten der Deutschen Einzelstaaten zu beobachtenden hier unten folgenden Formen der Ueberschrift, der Anrede und des Schlusses beantragten Bestimmungen am 2ten d. M. genehmigt und verfügt, daß hiernach von Seiten der Reichs-Ministerien und Behörden verfahren werde. I. An den Reichsverweser. 1) Aufschrift: An den Reichsverweser. 2) Der Reichsverweser hat folgende Anrede: Hoher Reichsverweser! im Konterte: Der hohe Reichsverweser, Sie und Kaiserliche Hoheit. 3) Schluß: In Ehrerbietung der Minister de .... II. An die Ministerien. 1) Aufschrift und Ueberschrift, statt der Anrede: An das Reichs-Ministerium de .... 2) Im Kontert: das Reichs-Ministerium. 3) Kein Schluß, sondern blos Ort und Datum, dann die Unterschrift. III. An die Minister und Unter-Staats-Sekretaire. 1) An den Minister-Präsidenten des Reichs-Ministeriums, Herrn .... oder: An den Reichs-Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn .... oder: An den Unter-Staats-Secretair im Reichs-Ministerium des Innern, Herrn .... 2) Anrede: Herr Minister-Präsident! oder: Herr Minister! oder: Herr Unter-Staats-Secretair! 3) Statt der Schluß-Anrede blos Ort, Datum und Unterschrift. IV. Die Anreden und Aufschriften Excellenz, Hochwohlgeboren 2c. sind aufgehoben. V. Die Reichs-Ministerien gebrauchen, gegenüber den Behörden und Beamten der einzelnen Deutschen Staaten, eine gleich einfache Titulatur, wie sie dieselbe für sich selbst eingeführt haben. Sie bedienen sich daher in der Ueberschrift und Anrede lediglich der Amtsbezeichnung der betreffenden Behörden oder Beamten ohne den Beisatz: „Hoch“ und ohne „Excellenz“ und ähnliche Titel. Der Minister-Präsident setzt unter Mittheilung der beim Reichs-Ministerium eingeführten Titulatur die Einzelnstaaten durch die Bevollmächtigten ihrer Regierungen hiervon mittelst eines Cirkularschreibens in Kenntniß. Nur im Verkehr mit außerdeutschen Staaten nnd Behörden bleiben andere Titulaturen nach dem Grundsatze der Reziprozität bestehen.

Wien, den 6. Septbr. Aus vollkommen zuverlässiger Quelle können wir die Nachricht mittheilen, daß vom Kriegsministerium Befehle ergangen sind, morgen die gesammte Garnison bereit zu halten und jeden irgendwo entstehenden Krawall sofort zu unterdrücken, ohne daß die befehlhabenden Offiziere nöthig haben, erst höhere Verhaltungsbefehle einzuholen. — Der demokratische Verein hat sich in Permanenz erklärt. Offenbar nähern sich hier die Dinge der Entscheidung; doch wird sie diesmal wohl eine unblutige sein. Der Stern der Conservativen strahlt zur Zeit in hellem Glanze.

Pesth, den 4. Septbr. Aus einem Schreiben eines Ungarischen Offiziers aus O-kèr geht hervor, daß die nach den neuern Regeln der Kriegskunst befestigten Römerschanzen von den gegenwärtigen Streitkräften des Generals Bechthold, welche dazu noch meist aus Nationalgarden bestehen, gar nicht genommen werden können. Sechszehn 18- bis 24pfündige Kanonen, gute Artilleristen mit Bomben und Kartatschen gehören hierher, sagte er, und wo diese nicht vorhanden sind, müssen noch 40,000 Ungarn hinkommen, damit es möglich werde, die Schanzengräben mit den Leichnamen der Ungarn auszufüllen und so über die Todten hinweg schreitend die Schanzen selbst zu nehmen. Sonst ist kein Erfolg zu hoffen, und es wird nicht Frieden in diesem Lande.

— Der Pascha von Bihatsch hat von Ungarn ein Schreiben erhalten, worin er aufgefordert wird, sogleich, wie die Croaten gegen die Ungarn vorrücken, mit den Bosniaken in Croatien einzufallen. Der Pascha hat das Schreiben dem Wesier von Bosnien übersendet.

— Am 20. August haben die Serben Tharasch an der Theiß angegriffen, wurden aber zurückgeschlagen; der Ort ging dabei zum zweiten Mal in diesem Bürgerkrieg in Flammen auf.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 5. September. National-Versammlung. Sitzung vom 4. September. Zur Berathung kommt die von Pascal-Duprat aufgestellte Frage, ob sich die National-Versammlung trennen dürfe, ohne die organischen Gesetze votirt zu haben? Dalbis de Salze trägt dagegen darauf an, daß sie sich 2 Monate nach der Verfassungs-Annahme auflöse. Der Präs. Marrast stellt die Frage: Will die Versammlung im Sinne des Pascal Duprat'schen Antrages und dem Gutachten der Verfassungs-Kommission gemäß, nach der Verfassungs-Annahme zur Berathung der organischen Gesetze schreiten? Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: Zahl der Stimmenden 740, Majorität 371. Die Versammlung wird sich demnach nicht früher aufgelöst erklären, als bis sie die organischen Gesetze der Republik votirt hat. Jetzt schritt die Versammlung zu ihrer eigentlichen Aufgabe, nämlich zu der Verfassungsberathung. Hr. Jodez will Bürgerwehr und Linientruppen legalisiren und erklärt sich noch mit einigen andern Artikeln unzufrieden. Hr. Geurdy stellt die Heuchelei und Corruption Louis Philipps als Warnung auf, um bei der Wahl der neuen Exekutivgewalt ja recht vorsichtig zu sein, damit keine neue Stürme nothwendig würden. Während seines burlesken Vortrags leeren sich die Bänke und die Versammlung geht um 6½ Uhr auseinander.

Sitzung vom 5. September. Tagesordnung: Die Verfassungs-Debatte. Camille Béranger: Was soll eine Verfassung sein? Die Garantie gegen Willkür und Uebergriffe der Regierungen. Darum finde er die allgemeinen Phrasen am Kopf der neuen Verfassung unnütz. Es verstehe sich von selbst, daß jeder Bürger ein guter Vater, Gatte und Freund sein müsse, es bedürfe hierfür keiner pomphaften Erklärung. (Beifall). Hr. Alcort findet im Gegentheil die Einleitungs-Phrasen nöthig. Der Franzose liebe erhebende Grundsätze; sie prägten sich ihm in Herz und Kopf ein. Das Land werde dadurch moralisirt. Der Franzose sei ein geborner Demokrat, und was man auch immer sage, die Republik habe längst in Aller Herzen vor dem Februar gelebt, man brauche sie nur zu befestigen. Consolidirung, Versöhnung, Freiheit und Gleichheit sei sein Wahlspruch. Hr. Pierre Leroux verlor sich wieder in eine Menge unnützer Phrasen. Nach einigen Worten des Hrn. Franeisque Bouret ward die allgemeine Diskussion geschlossen und die artikelweise Berathung begann. Hr. Gutien Arnould schlägt vor, zuvörderst sämmtliche Artikel zu votiren und dann erst die Einleitung zu berathen. Hr. Fresnaud, ehemaliger Seepräfekt des Isle- und Vilaine-Departements, bekämpft den Entwurf mit vieler Gewandtheit. Mit scharfer Dialektik wies er nach, wie die Republik gleichsam vor sich selbst Furcht habe, und einen Schritt nach dem andern rückwärts thue. Dieß komme daher, weil sie sich auf die gefährliche Bahn eingelassen habe, die Politik wie ein Rechnenexempel zu behandeln. Die Einleitung sei vag, gehaltlos und den gesellschaftlichen Verhältnissen ganz unangemessen, sie stelle Grundsätze auf, die sich mit der Wirklichkeit nicht vertrügen. Wäre die Republik wirklich das Reich der Moral, des Lichts und der Wahrheit, dann allerdings würde er die Einleitung nicht bekämpfen. Hr. Proudhon verlangt das Wort und wird auf morgen verwiesen. Die Sitzung wird um 6. Uhr geschlossen.

— Hinsichtlich der Italienischen Frage spricht man von großer Uneinigkeit unter den Ministern. Die Einen wollen warten, bis sich Carl Albert und Radetzky völlig überworfen haben; die Anderen wollen ins Feld rücken, sobald Oestereich die Vermittelung definitiv ausgeschlagen. Ein anderer Punkt zur Mißhelligkeit besteht in der Frage: Wer die Armee befehligen solle, die in Ober-Italien einrückt? Mehrere Stimmen nannten schüchtern den Marschall Bugeaud. Dieser Vorschlag wurde mit einigem Stirnrunzeln empfangen. Uebrigens weht der Wind, den neuesten Berichten aus Nizza zufolge, in ganz Ober-Italien republikanisch. In Turin wächst die republikanische Partei mit jedem Tage, Livorno ist ganz in den Händen der Republikaner und in Genua predigt man offen den Anschluß an die Franz. Republik. Die jesuitisch-österreichische Partei giebt sich unsägliche Mühe, diesem Geiste entgegenzuarbeiten. Im Thale von Palavera und in Porto-Mauritio ist es ihr gelungen, einen Haufen Bauern zu fanatisiren. In Alessandria ließ der Gen. Bava einen des Republikanismus bezüchtigten Civil-Ingenieur verhaften. Das Volk schaarte sich vor das Gefängniß und der General trommelte die Bürgerwehr zusammen, um das Volk auseinander zu hauen. Allein die Bürgerwehr machte gemeinschaftliche Sache mit dem Volk; da schickte Bava den Cavallerie-General Pignerol auf den Platz, allein auch dessen Corps vereinte sich mit dem Volke, das mittlerweile den Ingenieur befreite.

— Die Polizei machte gestern Nachmittag Jagd auf drei litterarische Brander: 1) Proudhons Le Peuple; 2) Brief an den Marschall Bugeaud d'Isly von dem Negozianten Jacques Fréderic Viguié; 3) Biancourt's „Dieu le veut." Außerdem raffte sie die legitimistischen Blätter le Peuple français und den „Mund von Stahl, Bouche d'acier," mit weg. — Duchesne, der Gerant des Proudhonschen Le Peuple, hat gegen die Konfiskation seines Blattes eine Klage eingereicht.

— In Tours treibt die Geistlichkeit Unfug mit einem nervenkranken Frauenzimmer, das als Seherin die nahe Ankunft des Herzogs v. Bordeaux, unter dem Titel Henri V. und dann den Untergang des ruchlosen Paris durch Schwefel und Pech, der maulaufsperrenden Menge prophezeit.

Großbritannien und Irland.

London, den 5. Sepibr. Erwähnt zu werden verdient die Wuth, mit welcher die Times in ihrem Bericht über die Auktion auf Schloß Stowe über den herzoglichen Bankerottirer herfallen. Mit Recht bemerkt zwar die letztgenannte Zeitung, daß dieser Bankerott eine Schmach für das altberühmte Geschlecht der Buckingham, ein Schlag für die Englische Aristokratie, im Allgemeinen ein höchst unwillkommenes Ereigniß für eine Kaste sei, gegen welche die Demokraten aller Länder ihre Sturmböcke vorzugsweise richteten, sie geißelt ferner mit Recht die Extravaganzen und Thorheiten, durch die der Herzog sein Vermögen zu Grunde gerichtet habe (obschon in Deutschland mancher noch nicht zu Grunde Gerichtete mit einem zu Grunde gerichteten Englischen Herzoge, dem noch der kleine jährliche Rest von 18,000 Pf. bleibt, mit Vergnügen tauschen würde); aber etwas Unheimliches hat die Versicherung der Times, daß in unserer Zeit, wo Throne zusammenstürzen und Aristokraten in Staub zerfallen, „Unglück die Bedeutung des Unrechts annehme und persönlicher Ruin öffentlichem Verrath gleichkomme." Die Times, in der Weise jener herzlosen Leute, die, so lange sie im Glücke sind, Reichthum und Sittlichkeit, und eben so Verarmung und Unsittlichkeit für gleichbedeutend halten, machen hier wie immer keinen Unterschied zwischen verschuldetem und unverschuldetem Unglück; von diesem eiskalten Gipfel des City-Egoismus, welcher die ganze Welt als ein Zahlbrett ansieht und Jeden, der im warmen Anlauf des Gefühls oder der Leidenschaft sich im Exempel seines Lebens ein wenig verrechnet, zu einem hängenswürdigen Verbrecher stempelt, pflegen die Times ja auch wohl die menschlichen und geschichtlichen Verhältnisse überhaupt zu betrachten. Wenn man übrigens das Verzeichntß der im Schlosse Stowe unter den Hammer gebrachten Gegenstände, der kostbaren Schmuck- und Nippsachen, der Statuen und Statuetten, der Silber- und Goldgeschirre, der Prachttoiletten und Prachtbetten, letztere überreich vergoldet und mit wallenden Vorhängen aus Silberstoff versehen, kurz wenn man dieses Verzeichniß von tausend und abertausend Hervorbringungen des alten und neuen Kunstfleißes, die oft blos abenteuerlicher Art sind und nur zum bloßen Schaugepränge, sonst aber keinem reellen Zweck dienen, mit verwundertem Blick überfliegt, und man erinnert sich dabei an die unsägliche Noth in den Irischen Erdhütten, in denen das Hungerfieber wüthet, weil die Kartoffelernte nicht gerathen ist, so kommen dem Leser doch einige chartistische Vorstellungen von der ungleichen Vertheilung der irdischen Güter unwillkürlich an. Uebrigens gehen die Kunstgegenstände zum Theil zu sehr niedrigen Preisen weg, eine Prachtuhr z. B., für die der verstorbene Herzog 1000 Guineen zahlte, zu nur 51 Pfd. Ein Werk älteren deutschen Kunstfleißes, ein Schubladenschränkchen mit eingelegter Arbeit, für eine der Zierden des Schlosses Stowe gehalten, wurde von Baron Rothschild für 235 Guineen angekauft.

— Die „Times" veröffentlichen folgende, ihr von L. Blanc mit der Bitte um Einrückung zugeschickte Note. „Mehrere Personen, welche in England die Ansichten L. Blanc's theilen, scheinen zu beabsichtigen, ihm einen öffentlichen Beweis ihrer Sympathie zu geben. L. Blanc bittet sie, den Ausdruck seiner innigen Dankbarkeit zu genehmigen: aber er glaubt auch, gleichzeitig ihnen seine Absicht kund machen zu müssen, Alles zu vermeiden, was der Englischen Regierung Argwohn erwecken könnte. In der Ruhe der Studien und dem Schweigen der Zurückgezogenheit will L. Blanc des Eintretens besserer Tage für sein Land harren, und er würde es sehr beklagen, wenn sein Aufruf an die Englische Gastfreundschaft eine, wenn auch nur vorübergehende, Veranlassung zur Aufregung würde."

Schweiz.

Das „Schweizerische Volksblatt" theilt eine Note des Marschalls Radetzky an den Staatsrath des Kantons Tessin in ihrem ganzen Inhalt mit. Radetzky will einen Widerspruch zwischen den Erklärungen des eidgenössischen Vororts, betreffend das gegen die Italienischen Flüchtlinge zu beobachtende Verfahren, und dem Benehmen der Tessiner Behörden wahrnehmen. Es sollen hier Anwerbungen stattfinden und Umtriebe gegen die K.K. Oesterreichische Regierung offen angezettelt werden. Der Oesterreichische Marschall verlangt nun, daß alle den feindlichen Corps angehörende Mannschaft entwaffnet und entfernt werde, ferner, daß der Aufenthalt von entronnenen Verschwörern, welche die Ruhe der lom-

(Mit einer Beilage.)

barbischen Provinzen zu stören beabsichtigen, nicht geduldet werde. Erfolge dies nicht, so droht Radetzky mit Maßregeln, welche einstweilen bestünden: „1) in der sofortigen Entfernung aller Tessiner, welche zur Stunde im Lombardisch-Venetianischen Königreich sich aufhalten; 2) in der Unterbrechung jeglichen Handels und weitern Verkehrs zwischen den beiden Staaten; 3) in der Ergreifung der ihm zustehenden Mittel zur Zurückweisung eines jeden allfällig versuchten Einfalls." Der Staatsrath hat in einer Antwortsnote die Versicherung ertheilt, daß alle zur Wahrung der völkerrechtlichen Verhältnisse erforderlichen Maßregeln getroffen worden seien; zugleich hat der Staatsrath dem Vorort Note und Antwortsnote mitgetheilt. Am 23. Aug. hat der Vorort mit einem Schreiben an den Staatsrath von Tessin den Empfang der von dort übersendeten Botschaften bescheinigt, die Antwort des Staatsraths von Tessin auf die Note Radetzky's als den Umständen ganz angemessen bezeichnet, im Uebrigen aber die Regierung des Kantons Tessin aufgefordert, kräftige Maßregeln zur Verhinderung eines jeden etwaigen völkerrechtswidrigen Actes durch die Flüchtlinge zu ergreifen. Flüchtlinge, deren Aufführung diesen Maßregeln nicht entspreche, und die nicht genügende Garantieen für Ruhe und Ordnung darbieten, dürfen nicht länger das Asylrecht genießen.

— Die „Neue Züricher Ztg." berichtet: Einem uns gütigst mitgetheilten Briefe aus Mailand vom 28. August entheben wir Folgendes: Hier fährt man fort, die Zahl der Casernen zu vermehren, so daß jedes Quartier, jede Hauptstadt eine hat. Zu diesem Zwecke bedienen sich die Oesterreicher ohne Umstände nicht nur der Gymnasien, Lyzeen und Gemeindeschulen, sondern auch der Privathäuser und Paläste. Zahlreiche Wagen mit Verwundeten langen hier täglich an; sie sollen von den Höhen von Varese herkommen, wo einige Gefechte mit Garibaldi stattfanden. Garibaldi hat sich mit den Gefährten, die er aus Amerika mit sich geführt, auf schweizerisches Gebiet zurückgezogen; die andern haben sich zerstreut. Mit jedem Tage erscheint uns unsere Zukunft räthselhafter. Es ist ein gedrücktes Leben. Die Stadt ist öde und traurig wie zur Zeit einer Epidemie. — In Brescia sind alle Waffenarbeiter requirirt worden, um nach Verona geschickt zu werden, wohin auch alle in Brescia aufgefundenen Gewehre gesandt wurden.

Italien.

Rom, den 23. August. Briefe und Zeitungen aus **Verona** vom 28. Aug. schildern übereinstimmend die **Lage des Papstes** als immer bedenklicher werdend. Fünf Cardinäle hatten auf einmal die Stadt verlassen, nämlich Gizzi, Ferretti, Ossini, Lambruschini und della Genga. Ein Gerücht mißt dem Cardinal Ferretti sogar den (sehr unwahrscheinlich klingenden) Plan bei, ein Conclave in Malta zusammenzurufen in der Absicht, dort zu einer neuen Papstwahl zu schreiten, im Fall der Stuhl des heil. Petrus erledigt würde. In Verona machten diese Gerüchte großen Eindruck, und viele der intelligenten Italiener, sagt der Tiroler Bote, sprechen jetzt ohne Rückhalt über die zweideutige Haltung des Papstes und sagen, er könne nichts Besseres für Staat und Kirche thun, als von dem päpstlichen Stuhle zurücktreten.

Rom, den 24. August. Unruhen und Ruhestörungen werden mit Sorgfalt und Emsigkeit vorbereitet, nicht blos hier, sondern auch gleichzeitig in Neapel und Toskana. Dies ist die ausgesprochene Absicht, welche zum Zweck hat, eine über ganz Süditalien verbreitete Revolution herbeizuführen und die oberitalienischen Friedensunterhandlungen durch die Nothwendigkeit einer Intervention gewaltsam zu unterbrechen. Hier hat man Pulver aufgekauft, sich seiner Leute versichert und aufs Neue von der Bildung einer provisorischen Regierung gesprochen, an deren Spitze **Mamiani** gestellt werden sollte.

— In Folge einer Meldung des F. M. L. Baron Welden sieht sich nunmehr das Oesterr. Kriegsministerium in der Lage, gestützt auf eine Meldung des genannten F. M. L. aus **Padua** vom 1. Sept., erklären zu können, daß die freundschaftlichen Unterhandlungen mit dem heiligen Stuhle immer weiter schreiten. Die päpstliche Regierung hat bereits selbst anerkannt, daß die Vorrückung Weldens gegen Bologna keinen andern Zweck hatte, als die Crociati zu vertreiben. Sie schreitet nunmehr selbst zur Entwaffnung dieser Schaaren, wie ein am 22. August erlassenes Dekret des Ministers des Innern beweist. — In Folge eines dem Kriegsministerium erstatteten Berichtes des F. M. L. Baron Welden aus Padua vom 3. September sind die unterm 15. August in Rovigo begonnenen Unterhandlungen nunmehr zum Abschlusse eines Vertrages gediehen, dem wir folgende Punkte entlehnen: I. Die beiderseitigen Gefangenen werden zurückgegeben. II. Alle in der Citadelle zu Ferrara aufbewahrten und der Provinz Ferrara zuständigen Waffen werden sogleich ausgeliefert. III. Die K. K. Truppen räumen bis morgen, als den 2. Septbr. das gesammte päpstliche Gebiet, mit Ausnahme der Citadelle von Ferrara.

Der **Mailänder Ztg.** vom 21sten d. zufolge machte der Piemontesische General Garibaldi nach der Uebergabe Mailands und dem Abschlusse des Waffenstillstandes, den er nicht anerkannte, mit ungefähr 2000 Mann einen militairischen Streifzug im Lombardischen, wobei er in einer Proklamation alle möglichen Injurien gegen Karl Albert, seinen König, häufte. Indem er sich hierbei immer den Weg zu einem klugen Rückzug offen hielt, machte er Requisitionen an Lebensmitteln und Pferden, trieb Contributionen in Geld ein, wobei er die Vermöglichen festnehmen ließ und im Falle der Weigerung sie mit sich wegzuführen drohte, und beraubte, um die Italienische Sache zu ehren, die Gemeinde-Kassen, wo sich solche fanden, in den noch nicht wieder besetzten Gebietstheilen. Wir hören, daß allein in Varese die gewaltsam beigetriebene Summe sich auf 80,000 Lire belief. Als er endlich gestern durch seine Spione erfuhr, daß ein Corps von ungefähr 1500 Oesterreichern mit 6 Kanonen ihm auf den Leib rücke, um ihn anzugreifen, hielt er es fürs klügste, „um das Land nicht weiter zu beunruhigen", den Weg einzuschlagen, der ihn in Sicherheit brachte, indem er sich, die freiwilligen Beiträge der Einwohner mit sich nehmend, nach Magadino (Canton Tessin) zurückzog.

Genua, den 24. August. Heute sind 6000 Mann unsers **Heeres** hier eingezogen. Die ganze Nationalgarde war auf den Beinen, um ihre Waffenbrüder zu empfangen. Von beiden Seiten ertönten die Rufe: Es lebe die Freiheit! es lebe Italien! es lebe die Armee! Aber sobald man des Generals **Trotti**, welcher die ankommende Division befehligte, ansichtig wurde, ließ der Chef der Nationalgarde schultern und die tiefste Stille herrschte eine Weile; diese Stille ward unterbrochen durch das Geschrei: „Nieder mit den Verräthern!" Der General, welchen ein solcher Empfang ein wenig außer Fassung gebracht, hat, wie man sagt, geantwortet: „Ich bin in eurer Mitte und bereit, euch mein vergangenes Betragen frei prüfen zu lassen." Einiges Pfeifen ließ sich hören, und hierauf dauerte das Defiliren ohne Unterbrechung fort. Die ganze Bevölkerung füllte die Straßen, um diese Ueberbleibsel der Italienischen Armee vorbeiziehen zu sehen. Die Französische alte Garde war auf dem Rückzuge von Moskau nicht so arg zugerichtet. Diese Italienischen Soldaten sind mit Lumpen bedeckt und mehr barfuß, ohne Hemd und in der vollständigsten Hülflosigkeit, was beweist, daß Alles, was man über die schlechte Verwaltung der Armee **Karl Albert's** gesagt hat, vollkommen wahr gewesen ist. Weder die Soldaten noch die Nationalgarde brachten dem König ein Lebehoch. (N. C.)

Turin, den 25. Aug. Das neue Ministerium verwahrt sich in der offiziellen Zeitung gegen die von dem Abbate Vincenzo Gioberti in einer Schrift gemachten Vorwürfe der Zweideutigkeit und Heuchelei und erklärt dieselbe „für einen Mißbrauch der Rechte, welche einem noch so hohen Grade von Geist und Gelehrsamkeit zustehen mögen." Das offizielle Blatt enthält ferner die Anzeige, daß der am 22. August nach Paris abgereiste Oberst della Marmora von der Regierung beauftragt ist, die Französische Republik um ihre Einwilligung zur Ernennung des ausgezeichneten Französischen Generals Bugeaud zum Oberbefehlshaber der Sardinischen Armee zu ersuchen.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

Dreiundfünfzigste Sitzung, vom 8. September.

Eröffnung 9½ Uhr. Vicepräsident **Philipps** führt für den krank gemeldeten Hrn. **Grabow** den Vorsitz. Die Ministerbank ist leer.

Schriftführer Abg. **Geßler** verliest das Protokoll der gestrigen Sitzung, welches ohne weiteres genehmigt wird. Ebenso mehrere Urlaubsgesuche.

Schriftführer Abg. **Schneider** verliest ein Schreiben des Ministerpräsidenten an das Präsidium der Nationalversammlung, worin derselbe um Vertagung der heutigen Sitzung ersucht, da das Ministerium in derselben nicht erscheinen könne, indem es seine in Folge der gestrigen Sitzung gefaßten ferneren Beschlüsse Sr. Majestät dem Könige heut vortragen müsse.

In Folge dieses Schreibens beschließt die Versammlung, sich, wenn auch nicht zu vertagen, so doch die heutige Sitzung aufzuheben und sich am künftigen Montag, den 11. d. M., wie gewöhnlich zu versammeln.

Die heutige Sitzung wird gegen 9¾ Uhr geschlossen.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Der Verein für König und Vaterland hat sich gestern vollständig constituirt und einen provisorischen Vorstand gewählt. Sowohl der Name des Vereins als die fast allgemein bekannten Statuten des gleichnamigen Haupt-Vereins zu Berlin überheben uns der Verpflichtung, seinen Zweck hier noch näher auseinanderzusetzen; es genügt daher die Bemerkung, daß alle sogenannten reaktionären Tendenzen nicht nur dem Verein fremd, sondern ihm sogar gänzlich entgegen sind, da er die Rechte der **constitutionellen Monarchie** gegen alle republikanischen und anarchischen Bestrebungen zu verfechten gedenkt. Die gestrige Versammlung hat zwei Deputirte zu der am 13. in Frankfurt a./O. abzuhaltenden General-Versammlung der sämmtlichen gleichen Vereine Preußens abgesandt und wird die nächste Versammlung nach Rückkehr der Deputirten abgehalten und Tag und Ort hierzu bekannt gemacht werden. Listen zur Einzeichnung derer, die als Mitglieder dem Vereine beitreten wollen, liegen in den Buchhandlungen der HH. Mittler, Heine, Scherk, in der Konditorei des Hrn. Beely und bei Hrn. Gissau im Odeum aus. Wir glauben um des angegebenen Zweckes willen auf immer zahlreicheren Beitritt hoffen zu dürfen, indem wir überzeugt sind, daß durch die versuchten **Verdächtigungen** sich Niemand irre machen lassen wird. Posen, den 10. September 1848.

Der provisorische Vorstand.

Hirsch. Stockmar. Dr. Klee. Hassenkrug. Seidemann.

Marktbericht. Posen, den 11. Sept.
(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß.)

Weizen 1 Rthlr. 23 Sgr. 4 Pf., auch 2 Rthlr. 2 Sgr. 3 Pf.; Roggen 1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf., auch 1 Rthlr. 4 Sgr. 5 Pf.; Gerste 26 Sgr. 8 Pf. auch 1 Rtlr. 1 Sgr. 1 Pf.; Hafer 15 Sgr. 7 Pf., auch 17 Sgr. 9 Pf.; Buchweizen 26 Sgr 8 Pf., auch 1 Rthl. 1 Sgr. 1 Pf.; Erbsen 1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf., auch 1 Rthlr. 5 Sgr. 7 Pf; Kartoffeln 8 Sgr. – Pf., auch 8 Sgr. 11 Pf.; der Centn. Heu zu 110 Pfd. 20 auch 24 Sgr.; Stroh, das Schock 4 Rthlr., auch 4 Rthlr. 15 Sgr.; Butter das Faß zu 8 Pfd. 1 Rtlr. 15 Sgr., auch 1 Rthlr. 20 Sgr.

Spiritus pro Tonne von 120 Quart zu 80% Tr. 17⅔ Rthlr.

Berlin, den 9. September.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 58—62 Rthlr; schwimmend 88pfd. 58 Rthlr. begeben. Roggen loco 30—32 Rthlr. schwimmend 84pfd. 30 Rthlr. offerirt. nominell.; 85pfd. 30½ Rthlr. gefordert.; p. Frühjahr 32 Rthlr.; 82pfd. p. Sept./Okt. 28½ Rthlr.; Okt./Nov. 29 Rthlr.; Gerste, große, loco 28 Rthlr., kl. 25 Rthlr.; Hafer loco nach Qualität 16—17 Rthlr.; Erbsen, Kochwaare 40 Rthlr., Futterwaare 37 Rthlr.; Rapps und Winter-Rübsen 70—68 Rthlr.; Sommer-Rübsen 62—60 Rthlr., ohne Vorrath nominell. Leinsaat 46—45 Rthlr.; Rüböl loco $11\frac{1}{12}$ Rthlr., Br., 11 G.

Sept./Okt. 11 Rthlr., Br. u. bez.; Okt./Nov. $11\frac{1}{8}$—$11\frac{1}{12}$ Rthlr. bez., 11 G. Nov./Dez. $11\frac{1}{4}$—$11\frac{1}{8}$ Rthlr., Dez/Jan. $11\frac{1}{4}$—$11\frac{1}{6}$ Rthlr., Jan./Febr. $11\frac{1}{3}$—$11\frac{1}{4}$ Rthlr.; Rüböl Febr./März $11\frac{5}{12}$—$11\frac{1}{3}$ Rthlr., Leinöl loco $9\frac{3}{4}$ Rthlr., Lieferung $9\frac{1}{2}$., Mohnöl 20 Rthlr., Hanföl 16 Rthlr., Palmöl 14—$14\frac{1}{2}$ Rthlr., Südsee-Thran 10 Rthlr.; Spiritus loco 19 Rthlr. bez. u. Br. Sept./Okt. 18 Rthlr., verkauft Okt./Nov. $17\frac{1}{4}$ Rthlr. bez. u. Br.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

An Beiträgen zur Deutschen Marine sind bei dem Schutzvereine des Posener-Schrodaer Kreises ferner eingegangen: 13) Aus Karlowitz: Ungenañter 2 Rtlr., Böhlike 20 Sgr., Streich und Willig zu 10 Sgr., Mönch $7\frac{1}{2}$ Sgr., Eichblatt, Sauer, Klewin, Priebe, Gustav G. zu 5 Sgr., Goldberg, Gall, Ziegler zu $2\frac{1}{2}$ Sgr., Ottilie Birkner 10 Sgr., Otto Stotz 15 Sgr., Frank in Milo 15 Sgr., Summa 6 Rthlr. — 14) Aus Bollechowo: Gerber 2 Rthlr., Johannsohn $2\frac{1}{2}$ Sgr., Kasper $7\frac{1}{2}$ Sgr., Owsinski, Reinhold und Emmel jeder 1 Rthl., Bremer 10 Sgr., Neumann und Müller zu 15 Sgr., Wendland 3 Sgr., Schultz in Schlagentin 5 Sgr., Summa 6 Rthlr. 28 Sgr., dazu 1 Silberrubel vom Direktor Jänike aus Kopoyno im Königr. Polen. — 15) aus Kolatka: Iffland 3 Rtlr., Neumann 1 Sgr., Scheffler 5 Sgr., Zobel, Mühlnika, Juliane Henschel, Amal. Ebert und Petrahl zu $2\frac{1}{2}$ Sgr., Bianke und Franz Iffland zu 1 Rthlr, Burghard 10 Sgr., Summa 5 Rthlr. 28 Sgr. 6 Pf — Ueberhaupt sind eingezahlt 112 Rthlr. 26 Sgr. und ein SRub.

(Fortsetzung folgt.)

Bekanntmachung.

Diejenigen Pfänder, welche in den Monaten Oktober, November, December 1847 und Januar, Februar, März 1848 weder bis zum Verfalltage der gewährten Darlehne noch 6 Monate später bei der hiesigen städtischen Pfandleih-Anstalt eingelöst worden, sollen in termino

den 31sten Oktober d. J.

in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr auf dem Rathhause öffentlich versteigert werden.

Posen, den 25. Juli 1848.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Behufs Bereitung von Dauermehl sollen für das Königliche Magazin zu Bromberg

1000 Winspel Roggen aus der Erndte von 1847, entweder im Ganzen, oder in Quantitäten von mindestens 100 Winspel, angekauft werden.

Wir haben zur Verdingung dieser Lieferung an den Mindestfordernden einen Submissions-, event. Licitations-Termin auf

den 18ten d. M Vormittags 10 Uhr

in dem Geschäfts-Lokal des Königl. Proviant-Amtes zu Bromberg anberaumt, und fordern hierdurch alle kautionsfähigen Unternehmer auf, bis zu dem gedachten Termin ihre schriftlichen, wohl versiegelten Offerten mit der Bezeichnung auf dem Couvert:

„Submission zur Roggen-Lieferung“,

nebst einer ebenfalls versiegelten Roggen-Probe, an das genannte Königl. Proviant-Amt einzureichen und sich im Termine über ihre Qualifikation und Kautionsfähigkeit auszuweisen.

Die nähern Lieferungs-Bedingungen sind bei den Königl. Proviantämtern hier und zu Bromberg einzusehen.

Posen, den 3. September 1848.

Königl. Intendantur 5ten Armee-Corps.

Bekanntmachung.

Am 3. October d. J. früh um 10 Uhr sollen durch den Rendanten Kurzhals vor unserm Gerichts-Gebäude verschiedene Möbel gegen gleich baare Zahlung öffentlich verkauft werden.

Posen, den 31. Juli 1848.

Königliches Land- und Stadt-Gericht. Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des Brennholzbedarfs des hiesigen Land- und Stadtgerichts von ungefähr 80 Klaftern Eichen, und 3 Klaftern Kiefernholz, so wie des Beleuchtungsmaterials von ungefähr 500 Pfund Lichten für die Zeit vom 1. Oktober dieses Jahres bis zum 1. April 1849. soll dem Mindestfordernden überlassen werden.

Zu diesem Zwecke steht ein Termin am 25. Sept. d. J. Nachmittags 4 Uhr vor dem Herrn Kanzlei-Direktor Maetze an unserer Gerichtsstelle an.

Die Lizitationsbedingungen werden im Termine bekannt gemacht, können auch jeder Zeit im Bureau des Deputirten eingesehen werden.

Posen, den 5. September 1848.

Königliches Land- und Stadt-Gericht.

Ediktalvorladung.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Abraham Marcus Cohn hier ist am heutigen Tage der Konkurs-Prozeß eröffnet worden.

Der Termin zur Anmeldung aller Ansprüche an die Konkursmasse steht

am 4ten Oktober cur. Vormittags um 9 Uhr,

vor dem Hrn. Ober-Landes-Gerichts-Assessor Meitzen im Partheienzimmer des hiesigen Gerichts an

Wer sich in diesem Termine nicht meldet, wird mit seinen Ansprüchen an die Masse ausgeschlossen, und ihm deshalb gegen die übrigen Gläubiger ein ewiges Stillschweigen auferlegt.

Inowraclaw am 26. Mai 1848.

Königl. Preuß. Land- und Stadtgericht.

Preußische Renten-Versicherungs-Anstalt.

Bekanntmachung.

Um mehrfachen Anfragen über den Stand der diesjährigen Jahres-Gesellschaft zu begegnen, veröffentlichen wir hiermit, daß trotz der notorisch ungünstigen Zeitverhältnisse nach den bis heute eingegangenen Agentur-Abrechnungen:

1) 1028 Einlagen zur Jahres-Gesellschaft pro 1848 mit einem Geldbetrage von 16,800 Thlr.,
2) an Nachtragszahlungen für alle Jahres-Gesellschaften . . . . . 24,907 =

gemacht worden sind.

Zugleich weisen wir zur näheren Kenntnißnahme auf den kürzlich ausgegebenen Rechenschaftsbericht pro 1847 hin, welcher bei sämmtlichen Agenten der Anstalt zur Einsicht bereit liegt.

Berlin, den 6. September 1848.

Direktion der Preußischen Renten-Versicherungs-Anstalt.

Sterbekassen-Renten-Verein für das Großherzogthum Posen.

Die Jahres-Rechnung des Vereins für das Jahr 1847 ist von der diesjährigen ordentlichen General-Versammlung dechargirt, auch sind die Beschlüsse derselben von dem Herrn Ober-Präsidenten des Großherzogthums Posen unterm 22sten Juli c. bestätigt worden.

Die Jahres-Rechnung pro 1847 schloß mit einem Bestande von 4865 Rthlr 24 Sgr. 8 Pf. ab, an Versicherungssummen incl. zurückgewährter Beiträge sind im Ganzen bis jetzt 2479 Rthlr. 13 Sgr. 1 Pf. gezahlt worden und der gegenwärtige Bestand beträgt 5501 Rthlr. 13 Sgr 6 Pf., so wie die Zahl der Mitglieder 591.

Vervollständigte Statuten-Exemplare sind in der Buchhandlung der HH Gebrüder Scherk, der Hauptwache gegenüber, à 1 Sgr zu haben Anmeldungen zur Aufnahme mit den Versicherungs-Summen von 50 bis 300 Rthlr. sind mit einem Gesundheits-Attest und einem Alters-Ausweis (cf. §. 5. des Statuts) versehen, dem Direktorium portofrei einzusenden.

Posen, den 9. September 1848.

Das Direktorium des Sterbekassen-Renten-Vereins.

Ein praktischer Arzt, der polnischen und deutschen Sprache gewachsen, zugleich Geburtshelfer, findet in einer Kreisstadt des Großherzogthums Posen eine gute Placirung; wo? weist die Expedition der Zeitung nach.

Durch Familienverhältnisse veranlaßt, wünsche ich meine in Ostpreußen, unfern der Stadt Bischoffsburg gelegenen Güter, Malschöwen und Erben aus freier Hand zu verkaufen. Ersteres ist 90 Culmer Hufen groß und letzteres 64 Hufen. Beide haben Brennerei, Schäferei, guten Boden und gute Wiesen, wie auch Fischerei und Waldungen. Kaufliebhaber werden gebeten sich direkt an mich zu wenden.

Dr. Gisevius.
auf Malschöwen bei Ortelsburg.

Ein ganz massives Haus mit Schankwirthschaft in Görlitz, an einer Hauptstraße gelegen, enthaltend 9 Stuben mit Kammern und allem übrigen Zubehör, 1 Laden, 2 Keller, 4 Küchen, 3 Gewölbe, 1 gewölbten Pferdestall zu 12 bis 14 Pferden und 1 großen Garten von 1 Morgen, welches sich auf 7000 Rthlr. verzinst, ist sogleich zu verkaufen oder auf ein kleines Grundstück zu vertauschen. Baar Geld ist erforderlich 5—800 Rthlr.

Nähere Auskunft bei E. W. Hänsel, Grölsgasse No. 885. in Görlitz.

Wilhelmsplatz No. 4. ist die ganze 2. Etage nebst Stallung und Wagen-Remise vom 1sten Oktober d. J. zu vermiethen.

Posen, den 9 September 1848.

An der Königsstraße No. 17. und 18. sind größere und kleinere Wohnungen, nach Verlangen ohne oder mit Stallungen und Wagenremise, vom 1sten Oktober c. ab zu vermiethen.

St. Martinstraße No. 78, der Kirche gegenüber, sind zu Michaeli d. J eine größere und eine kleinere Wohnung, mit auch ohne Stallung und Remise, zu vermiethen.

W. Schulz.

Gerber- und Büttel-Straßen-Ecke No. 12. ist eine Stube im ersten Stock nach vorne heraus zu vermiethen.

Wallischei No. 63. sind mehrere größere und kleinere Wohnungen nebst Garten und Stallungen zu vermiethen. Auskunft ertheilt

A. Rüster, Wasserstraße No. 10.

Vorzüglich schönen Campiner Roggen, welcher auch in diesem Jahre an Körner- und Stroh-Ertrag den Wunder-Riesen-Stauden-Roggen übertrifft, offerirt für 10 Sgr. über den höchsten Posener Marktpreis zur Zeit der Abholung das Dominium Plawce bei Schroda.

Frische Weintrauben aus Radojewo, das Körbchen zu 6 Sgr., sind täglich St. Martinstraße No. 78. zu haben.

Stettiner Weizen-Lager-Bier bei C. Hirschfelder.

Cholera-Branntwein
ist zu haben Schulstraße No. 14.

C. G. A. Krätschmann.

Diejenigen, welche eine Forderung an mich zu machen haben, mögen sich bald melden.

T. Claude, Färber.

Um über den uns eingegangenen Bescheid des Königl. Staats-Ministerii fernere Beschlüsse zu fassen, werden sämmtliche Hausbesitzer hiesiger Stadt dringend aufgefordert, sich am Mittwoch den 13ten d. Mts. Nachmittag 4 Uhr im hiesigen Stadttheater recht zahlreich einzufinden

Der Ausschuß für die Feuerkassen-Angelegenheit hiesiger Stadt.

Der Baumeister Bürkner hat sich erlaubt, folgende Bekanntmachung hier öffentlich anschlagen zu lassen:

Da mir gestern die Anzeige geworden ist, daß von Seiten einiger, dem Publikum wohl bekannter Personen Billets für die heutige Extrafahrt in Masse aufgekauft und dieselben an andere Theilnehmer für einen höhern Preis wieder verkauft worden sind, so finde ich mich veranlaßt, zu erklären, daß es nur in der Absicht des Direktorii gelegen, dem geehrten Publikum diese Lustfahrt auf das Allerbilligste selbst ohne Berechnung ihres gesetzlichen Verdienstes herzustellen, nicht aber dadurch den Wucherern Gelegenheit zu geben, ihre Taschen auf eine so ehrenlose Art zu füllen.

Zu gleicher Zeit mache ich darauf aufmerksam, daß dergleichen Billethandel ungesetzlich ist und warne das geehrte Publikum, diesem schimpflichen Beispiele zu folgen, da ich jedenfalls veranlassen würde, daß die Billetkrämer gesetzlich verfolgt werden.

Wronke, den 2. September 1848.

Der Abtheilungs-Baumeister Bürkner.

Mein Name ist zwar nicht genannt, in der Annonce der Posener Zeitung No. 207. bin ich indeß von dem Verfasser namhaft gemacht. Die Triebfeder der gegen mich gerichteten Anschuldigungen hier zu erörtern, halte ich unter meiner Würde.

Da derselbe in dem erstgedachten Plakate von Ehrlosigkeit spricht, werde ich ihn deßhalb gerichtlich belangen und das Resultat meiner Klage zu seiner Zeit dem geehrten Publikum zur Nachricht mittheilen.

Wronke, den 9. September 1848.

Der Apotheker Bombelon.